

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at



Aktuell

9. Oktober 2009 - Nr. 33

Kommentar von SPÖ-Justizsprecher
Hannes Jarolim zur Causa Buwog

BUWOG-SKANDAL

**9,6 Millionen
Euro an
Grasser-Freunde**

Freunderlwirtschaft scheint ein Synonym erhalten zu haben: System Grasser. Mit dem Buwog-Skandal ist die in den letzten Jahren immer degoutanter gewordene Blase bestehend aus angeblichen Zufällen, Missverständnissen und, wie Grasser glauben machen will, Folgen von Neid und Rachege-lüsten geplatzt. Der einstige Sunnyboy der Politik – zumindest war er das für immerhin zwei Parteien, einige wenige halten ihm auch jetzt noch die Stange – ist zum Buhmann geworden. Selbstverständlich gilt die Unschuldsvermutung. Aber bei Betrachtung der Fakten hatte Karl-Heinz Grasser wohl noch nie solchen Erklärungsnotstand wie jetzt – auch was die rechtliche Dimension betrifft.

Die Regierung arbeitet mit Volldampf für das Ankurbeln der Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Der Infrastruktur kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt vorgezogene Investitionen machen sie zu einem Jobmotor.

Mit voller Rückendeckung von Bundeskanzler Werner Faymann arbeitet Bildungsministerin Claudia Schmied an der Bildungsreform. Der Ausbau ganztägiger Schulangebote und ein neues Dienstrecht stehen ganz oben auf der Agenda.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Der Buwog-Skandal	4
Jobmotor Infrastruktur	6
Ganztägige Schulformen und Bildungsreform	8
Interview mit Claudia Schmied	9
SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim zu Buwog-Skandal	14

Griechenland: Sieg für die PASOK

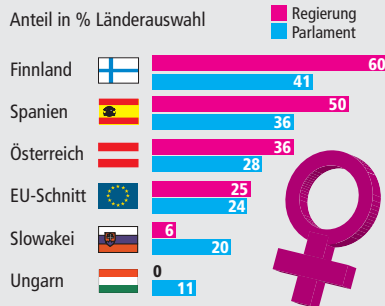


Wahlsieger Giorgos Papandreou erhielt 43,92 Prozent Zustimmung.

Die Wahl in Griechenland hat den erwarteten Sieg der Opposition gebracht und er ist sogar noch deutlicher ausgefallen als prophezeit: Der Sozialdemokrat Giorgos Papandreou und die PASOK können nun mit absolu-

ter Mehrheit regieren, sein konservativer Gegenspieler und bisheriger Amtsinhaber Kostas Karamanlis wurde abgestraft. Er hatte mit den Neuwahlen versucht, seine GegnerInnen zu überraschen – der Schuss ging nach hinten los. Die Wahlniederlage kann nicht nur darauf zurückgeführt werden. Die Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise empfanden viele GriechInnen als mangelhaft, beim Ausbruch der StudentInnenrevolte im vorigen Jahr stellte sich Karamanlis unbeholfen an und im Kampf gegen die Waldbrände legte seine Regierung zu guter Letzt in den Augen der WählerInnen Orientierungslosigkeit an den Tag.

Frauenanteil in der Politik



Frauen in der Politik: EU-Vergleich

Österreich liegt über dem EU-27-Schnitt, was den Frauenanteil in den höchsten politischen Ämtern betrifft. Das ist einerseits natürlich erfreulich, andererseits sind nur 36 Prozent der Regierungsmglieder und 28 Prozent der MandatarInnen im Nationalrat weiblich. Dieses Problem erkennen alle Parteien, Unterschiede gibt es bei der Lösung.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Bescheren uns Frauen-
quoten nur Quotenfrauen?

„Frauenquoten sind nicht elegant, aber wirkungsvoll“, die meisten Feministinnen und Frauenorganisationen teilen diese Meinung von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Dennoch ist eine Quotenregelung immer wieder Ziel von Anfeindungen.

Sagen Sie uns unter www.mitreden.spoe.at, auch Ihre Meinung zu diesem heiß diskutierten Thema!



Hertha Firnberg

Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Hertha Firnberg

Hertha Firnberg war die erste SPÖ-Ministerin und Österreichs erste Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Sie baute im Auftrag von Bruno Kreisky das Ressort auf, das sie danach fast 13 Jahre geleitet hat und war verantwortlich für die Reorganisation und Demokratisierung der Universitäten. Heuer hätte sie ihren 100. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlass lud Nationalratspräsidentin Barbara Prammer unter dem Titel „Wissenschaft und Forschung im Aufbruch“ zu einer hochkarätig besetzten Festveranstaltung ins Parlament. Dabei ging es neben der Würdigung der Ausnahmepolitikerin, auch um aktuelle Herausforderungen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik.

Zitat der Woche

„Ein guter Tag beginnt für Karl-Heinz Grasser mit einem neuen Finanzskandal.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Die Digitalisierung verändert Staat und Recht



Johann Maier

SPÖ-Konsument-Innenschutzsprecher, Johann Maier sprach sich für die Installierung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten aus: „Innerbetrieblich gibt es kaum unabhängige Kontrollen zur Einhaltung des Datenschutzes, Betriebsräte fühlen sich durch den Einsatz von technischen Systemen langfristig überfordert.“ Neue Technologien haben große Auswirkungen auf jede Gesellschaft, die Digitalisierung verändert Staat und Recht und territoriale Grenzen eines Staates werden aufgehoben. „Durch den internationalen Austausch von Daten wird der Schutz persönlicher Daten vor Missbrauch immer wichtiger“, so Maier weiter.



STANDPUNKT

Her mit der neuen Schule!

Für die Sozialdemokratie kommt ein Stopp der Bildungsreform nicht in Frage. Denn wir brauchen die neue Schule!



Fotolia

„Wir sind der besten Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen verpflichtet. Darum werden wir einen Bildungsreform-Stopp nicht zulassen.“

Für die Bildungsreform – und damit für die beste Zukunft unserer Kinder – lohnt es sich zu kämpfen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da dümmerten unsere Schulen im bleiernen Gehrer-Schlaf dahin. Statt Fortschritt und der besten Ausbildung für unsere Kinder gab es verstaubte Konzepte, Reformstau und eine rückschrittliche Klientelpolitik. Die Folgen sind bekannt: Unser Schulsystem schneidet bei internationalen Studien (PISA, PIRLS) nur mittelmäßig ab. Und das, obwohl wir sehr viel Geld in die Bildung stecken. Ganz offenbar kommt dieses Geld nicht dort an, wo es hingehört: Nämlich in die Klassen.

Für die SPÖ ist klar: Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik – und sie ist auch Wirtschaftspolitik. Denn in jeder modernen Gesellschaft ist die Bildung ein Eckpfeiler der Weiterentwicklung. Bildung ist aber auch für die Entwicklung von sozialem Status und sozialer Anerkennung von zentraler Bedeu-

tung. Da wir in Österreich über wenig Rohstoffe verfügen, wird in Zukunft vor allem die Bildung ein Eckpfeiler der Sicherung und Weiterentwicklung unseres Wohlstandes sein. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, was die Motive der Bremser und Blockierer in der Bildungspolitik sind, die im Tagesrhythmus nach neuen Konzepten und nach neuen Studien schreien. Ihnen ist zu sagen: Diese Konzepte gibt es schon längst, denn die Bildung ist einer der besterforschten Bereiche überhaupt.

Viele Studien zeigen uns, dass Bildung in Österreich nach wie vor sehr stark vom Geldbörserl und vom Bildungsniveau der Eltern abhängt, dass unser Bildungssystem trotz hoher Bildungsinvestitionen nur mittelmäßige Erfolge einfährt, und dass unsere Kinder nicht im ausreichenden Maß gefördert werden. Unsere Antworten und Gegenmaßnah-

men sind klar – und sie werden von Bildungsministerin Claudia Schmied Schritt für Schritt umgesetzt. Wir werden uns weiter für das Erfolgsprojekt Neue Mittelschule einsetzen, das Schluss macht mit der frühen sozialen Selektion unserer Kinder. Wir werden den Ausbau ganztägiger Schulformen vorantreiben, denn nur so kann es uns gelingen, für eine bestmögliche Förderung und Betreuung unserer Kinder zu sorgen und die horrend teure außerschulische Nachhilfe endlich obsolet zu machen. Und wir werden mit genau der gleichen Kraft und Entschlossenheit für mehr Sprachförderung und die konsequente Verkleinerung der Klassen sorgen. Wir sind der besten Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen verpflichtet. Darum werden wir einen Bildungsreform-Stopp nicht zulassen. Denn die Folgen wären fatal: Die Kluft zwischen Arm und Reich würde größer werden und auch die Arbeitslosigkeit würde steigen.

Die letzten Jahre wurden verschlafen: Darum muss der Aufholprozess an unseren Schulen jetzt vorangetrieben werden. Wir brauchen eine breite Allianz für die neue Schule. Wir müssen unseren Kindern die Fähigkeit geben, von der globalen Wissens- und Informationsgesellschaft zu profitieren und wir müssen verhindern, dass unsere Kinder in einer immer schneller werdenden Welt auf der Strecke bleiben. Wir müssen die Stärken unserer Kinder fördern und wir müssen ihre Schwächen ausgleichen. Für die Bildungsreform – und damit für die beste Zukunft unserer Kinder – lohnt es sich zu kämpfen. ♦

BUDGET

Der Buwog-Skandal:

Noch nie hatte Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser einen derartigen Erklärungsnotstand: Enge Vertraute von Grasser sollen von der Privatisierung der Bundeswohnungen massiv profitiert haben.

Während der Schlüssel-Grasser-Zeit wurde Bundeseseigentum im Wert von insgesamt rund 6,2 Milliarden Euro privatisiert, wie Finanzstaatssekretär Andreas Schieder vor kurzem vorrechnete. Nun holt Karl-Heinz Grasser einmal mehr seine eigene Vergangenheit als blau-schwarzes Regierungsmitglied ein. Wenn man den Medien Glauben schenkt, festigt sich zunehmend der Eindruck, wonach der Finanzminister der mittlerweile abgewählten blau-schwarz-orangen Bundesregierung sein Ressort wie einen Selbstbedienungsladen für sich und seine Freunde führte. Es gilt natürlich die Unschuldsvermutung, aber der Skandal um die Privatisierung von 60.000 Bundeswohnungen (Buwog) 2002-2004 wirft viele Fragen auf. Er zählt vermutlich zu den größten Finanz-Skandalen der Zweiten Republik. Freunde von Grasser sollen von dieser Privatisierung massiv profitiert haben. Dort sind Vermittlungsprovisionen an enge Vertraute Grassers, Walter Meisch-

„Wo der Name Grasser auftaucht, ist die Wirtschaftspolizei nicht weit.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

berger und Peter Hochegger geflossen. Kritische Stimmen stellen die Transparenz und die Rechtmäßigkeit des gesamten Vergabeverfahrens sogar grundsätzlich in Frage. Ein Kriminalfall, in dem die Staatsanwaltschaft mittlerweile Ermittlungen aufgenommen hat.

Das Vergabeverfahren

Im Verfahren für die Privatisierung der 60.000 Wohnungen des Bundes lag fast bis zuletzt die CA Immo voran. Im ersten Angebot bot sie um 90 Millionen Euro mehr als das Konsortium von Immofinanz, Raiff-



APA/Pfarrhofer

Massive Verdachtsmomente sind im Zuge der Privatisierung der Bundeswohnungen unter Finanzminister Karl-Heinz Grasser aufgetaucht.

eisen Oberösterreich und Wiener Städtischer Versicherung. In der entscheidenden Phase bot die CA Immo 829,4 Millionen Euro, die Immofinanz-Gruppe 830,6 Mio. Eine zypriotische Tochter der Immofinanz überwies kurz darauf 9,6 Millionen Euro „Vermittlungsprovisionen“ (in etwa ein Prozent des gesamten Transaktionsvolumens) an zwei Freunde Grassers, an Peter Hochegger und auf ein Konto von Walter Meischberger – Ex-FPÖ-Politiker und Grasser-Trauzeuge – in Liechtenstein. Laut ORF-„Report“ vom 6.10.2009 für die Information über die Höhe des CA-Angebots.

Drei Monate vor dem Zuschlag an die Immofinanz, im März 2004, trat Grasser bei einer Konferenz in St. Moritz als Gast der Constantia-Bank auf. Die Übernachtung im Luxushotel Kempinski zahlt die von Karl Petrikovics geführte Bank. Drei Monate später erhält das Immofinanz-Konsortium von Petrikovics den Zuschlag für die Buwog.

2007 stellte der Rechnungshof fest, das Paket sei viel zu billig verkauft worden. Von Immofinanz-Chef Petrikovics wurde vom

Nachrichtenmagazin „profil“ die Aussage kolportiert: „Das Buwog-Geschäft damals, das war mit Sicherheit das Beste, was mir je passiert ist.“

Zu billig verkauft

Die Hinweise, dass der Käufer der Buwog, die Immofinanz, zu günstig zu den Bundeswohnungen gekommen ist, wie auch der Rechnungshof schon 2007 kritisierte, dürften sich einem Bericht der Tageszeitung „Der Standard“ zufolge mehr und mehr verdichten. In den ersten drei Jahren nach dem Erwerb der Buwog wertete der Immobilienkonzern den neuen Besitz demnach auf mehr als 400 Millionen Euro auf, wie aus den Geschäftsberichten hervorgehen scheint.

Kräuter kritisiert Grassers Rundumschläge

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kritisierte mit scharfen Worten die

Ein Kriminalfall

SPÖ-Bundesgeschäftsführer

Günther Kräuter:

Grassers Rechtfertigungsversuch ist eine Beleidigung für die kritische Öffentlichkeit.

„Rundumschläge und unverschämten Ausreden“ des ehemaligen FPÖ- und ÖVP-Finanzministers Grasser bei einer Pressekonferenz. Kräuter: „Grasserspricht trotz der nun ans Tageslicht gekommenen Abgründe bei der Verschleuderung von Eigentum der Republik Österreich noch immer von einem erfolgreichen und korrekten Buwog-Verkauf. Das ist eine Beleidigung der kritischen Öffentlichkeit und eine Verhöhnung der hart arbeitenden Bevölkerung. Dass Grasser nicht davon gewusst haben will, dass sein Trauzeuge und Geschäftspartner viele Millionen Euro für den von ihm als Finanzminister forcierten Buwog-Deal kassiert hat, ist völlig lebensfremd und wirklichkeitsfern.“ Grasser versuche nun offensichtlich, die engsten privaten und geschäftlichen Bande zu den zahllosen Profiteuren seiner Zeit als Finanzminister in der Regierung Schüssel von sich zu schieben, damit habe er letzte Glaubwürdigkeitsreste verspielt, so der Bundesgeschäftsführer.



Krainer, Jarolim und Becher nehmen Grasser ins Kreuzfeuer

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer, SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim und SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher nahmen die Machenschaften rund um den Buwog-Deal ebenfalls ins Kreuzfeuer der Kritik. So ist auch Krainer der Überzeugung, dass wohl jedes Geschäft von Grasser überprüft werden müsse. Überdies fragt sich Krainer, warum der mittlerweile abgewählte „Schweizekanzler a.D.“ (Schüssel) zu den Vorwürfen seines „Kronprinzen“ in der damaligen Regierung nicht Stellung nimmt, um ihn zu entlasten. Schüssel selbst hat in



SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer:
„Warum schweigt Schüssel?“

den entsprechenden Ministerratssitzungen für den Deal gestimmt.

RH-Prüfung aller Grasser-Privatisierungen

Wegen der Ungereimtheiten beim Verkauf des Bundeswohnungspakets vor fünf Jahren fordert Finanzstaatssekretär Andreas Schieder eine lückenlose Aufklärung und auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer betont: „Der Sumpf, der sich da auftut, muss Schritt für Schritt trocken gelegt werden.“ Grasser sei jetzt „schon fast drei Jahre weg, und noch immer platzen solche Dinge auf“. Wenn bei den Privatisierungen im Ausmaß von 6,2 Mrd. Euro in der Ära Grasser jedes Mal ein Prozent Provision geflossen sei, „reden wir von 62 Millionen – an wen? Und vielleicht auch unbesteuert?“. Viele Grasser-Freunde würden zudem heute noch in einflussreichen Positionen der Republik sitzen. ♦

PRESESTIMMEN

DER STANDARD

„Der Finanzminister (Grasser), der für den Mittelstand – selbständig und unselbständig – nichts als Belastung gebracht hat, wurde eine Zeitlang von ‚bürgerlichen‘ Menschen wie ein Messias angesehen.“

„Grasser und sein Mentor Schüssel haben Privatisierung und Deregulierung vergeigt.“

„Schüssel überantwortete die Verstaatlichte Industrie ein paar interessierten Herren aus der Privatindustrie im ÖIAG-Aufsichtsrat und dem Finanzminister Grasser, der z.B. nur mit Mühe daran gehindert werden konnte, das Kronjuwel Voest seinem ehemaligen Arbeitgeber Frank Stronach zuzuschanden.“

Hans Rauscher
am 7. 10.

ÖSTERREICH

„Grassers sollte es begrüßen, wenn sich ein parlamentarischer U-Ausschuss der Sache annimmt. Es liegt auch in seinem Interesse, wenn in dieser Affäre keine Fragen offen bleiben.“

Werner Schima am 7. 10.

KURIER

„Wie glaubwürdig ist KHGs Rundumschlag gegen alte Freunde und neue Feinde?

Bis jetzt versucht sich Grasser damit zu retten, dass er in die Rolle des verratenen Freundes schlüpft. Sein Trauzeuge und sein Freund hätten das 10-Millionen-Geschäft „hinter seinem Rücken“ gemacht.“

„Karl-Heinz Grasser wird mehr einfallen müssen als sein verzweifelter Rundumschlag ge-

gen alte Freunde und neue Feinde. Es gilt seit Ausbruch der Buwog-Affäre vor drei Wochen mit jedem Tag mehr: Licht ins Dunkel der Freunderlwirtschaft der Ära Grasser kann nur eine Untersuchungsausschuss im Parlament bringen.“

Josef Votzi am 7. 10.

KLEINE ZEITUNG

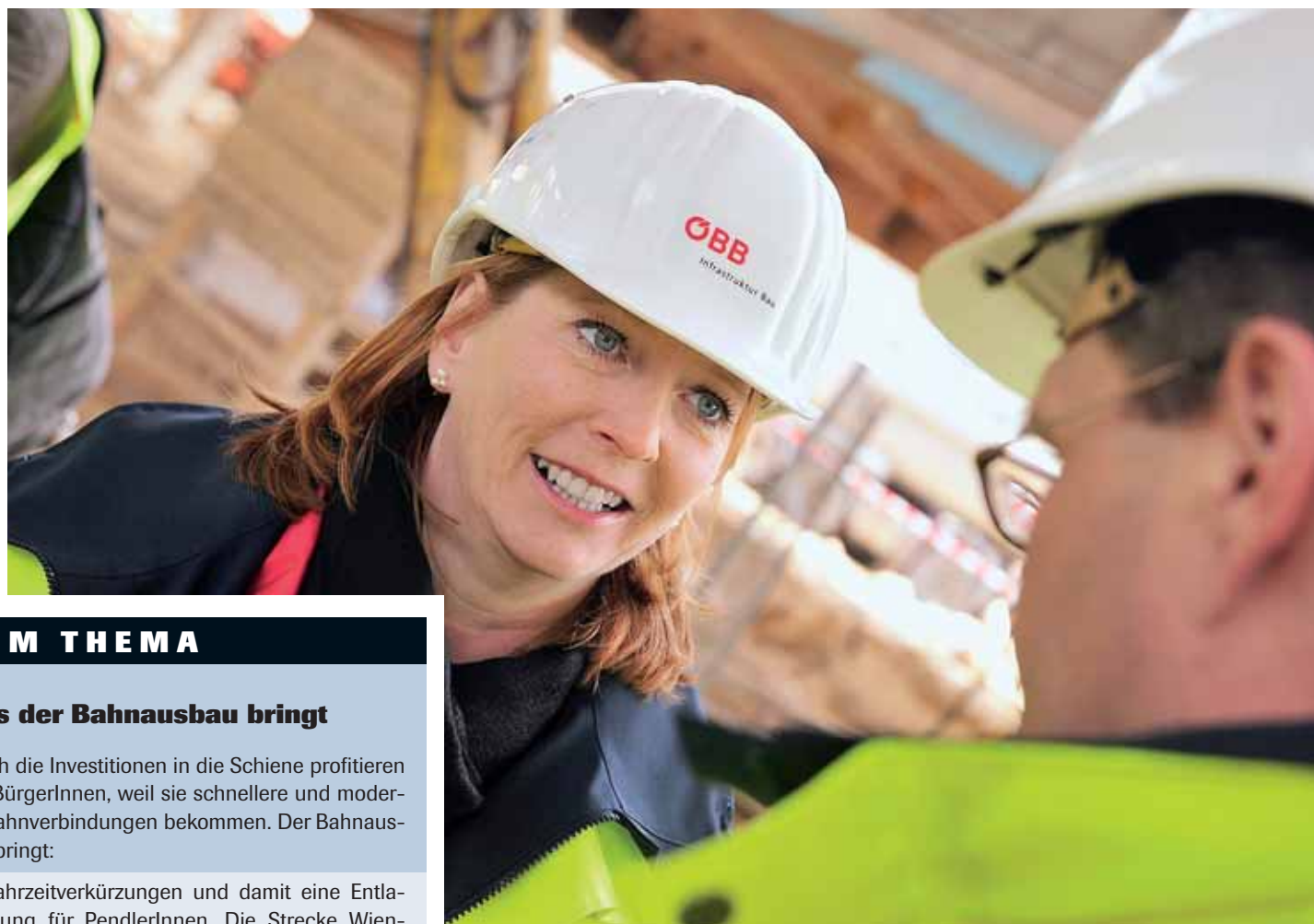
„Beim Verkauf der staatlichen Buwog mit ihren 62.000 Wohnungen hätte es den vorgegebenen Spielregeln nach keinen Millimeter Platz für Lobbyisten gegeben. Was also konnten Meischberger und Hohegger, deren Nähe zum Finanzminister nicht als Geheimnis galt, auf den Markt werfen, das 9,6 Millionen Euro wert war? Eine zufriedenstellende Erklärung lieferte keiner der Beteiligten.“

Christian Weniger am 7. 10.

KONJUNKTURPAKETE

Kampf gegen Krise

Die Umsetzung der Konjunkturpakete ist voll im Plan. Vor allem die Investitionen im Bereich Infrastruktur machen sich bezahlt: Über 60 Millionen Euro sind bereits direkt in die Wirtschaft geflossen. Das bringt vielen Betrieben Aufträge und somit auch Jobs für die ArbeitnehmerInnen.



Zinner

ZUM THEMA

Was der Bahnausbau bringt

Durch die Investitionen in die Schiene profitieren alle BürgerInnen, weil sie schnellere und modernere Bahnverbindungen bekommen. Der Bahnausbau bringt:

- » Fahrzeitverkürzungen und damit eine Entlastung für PendlerInnen. Die Strecke Wien-St.Pölten z.B. wird künftig etwa in der Hälfte der bisherigen Fahrzeit zurückzulegen sein.
- » Mehr Güterverkehr auf der Schiene – soll durch den Ausbau der großen Achsen auf 40 Prozent erhöht werden (bisher: 30 Prozent; EU-Schnitt: 15 Prozent, D: neun Prozent).
- » Saubere Umwelt: Im Güterverkehr ist die Bahn mit 29 Gramm CO₂ pro Tonnenkilometer das klimaverträglichste Verkehrsmittel. Ein LKW (ab 3,5 t) verbraucht im Schnitt 96 Gramm, also drei Mal so viel.
- » Erhöhung der Verkehrssicherheit: Weniger Verletzte und Getötete im Straßenverkehr.

Doris Bures in ihrer Funktion als Infrastrukturministerin fördert die Lehrlingsausbildung bei der ÖBB. Ab Herbst sind 1.870 Lehrlinge bei der ÖBB in Ausbildung.

Im Kampf gegen die Krise war und ist rasches Handeln angesagt. Dabei leistet das Infrastrukturministerium (BMVIT) einen ganz wesentlichen Beitrag. So fließen im Rahmen der Konjunkturpakete in den Jahren 2009 bis 2012 zusätzlich 900 Millionen Euro in Schiene (700 Mio.) und Straße (200 Mio.) und sorgen für einen wichtigen Impuls für Wirtschaft und Beschäftigung. Von rund 65 Einzelprojekten der Konjunkturpakete startet die Hälfte bereits 2009, 21 Bahnhofsumbauten mit

einem Gesamtvolumen von 305 Mio. Euro haben heuer begonnen.

Betriebe und Beschäftigte profitieren

Über 60 Millionen Euro sind bereits direkt in die Wirtschaft geflossen. Dabei werden ganz gezielt Projekte vorgezogen, die besonders beschäftigungsintensiv sind. So kommen bei einem größeren Bahnhofsumbau zahlreiche Firmen und Beschäftig-

auf Hochtouren

te aus den verschiedensten Berufsgruppen zum Einsatz. Darunter sind Baumeister und Bauarbeiter, Elektriker, Glaser, Maler, Stahlbauer, Spengler und Dachdecker, Steinmetze, Heizungs- und Klimatechniker, Fassadenerrichter, Schlosser und Pflasterer.

Rekordzahl bei ÖBB-Lehrlingen

Besonders schwer haben es derzeit Jugendliche und Lehrstellensuchende am Arbeitsmarkt. Hier wird seitens der Regierung viel unternommen, damit kein Jugendlicher ohne Job oder ohne Ausbildung auf der Straße steht. Infrastrukturministerin Doris Bures und die ÖBB, als zweitgrößter Lehrlingsausbildner in Österreich, leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Mit 15 Mio. Euro – das sind drei Mio. mehr als im Vorjahr – fördert das BMVIT die Lehrlingsausbildung bei den ÖBB. Ab Herbst sind 1.870 Lehrlinge bei den ÖBB – das sind 100 Lehrlinge mehr als im letzten Jahr und damit absoluter Höchststand in der Geschichte der ÖBB.

Forschung: Jetzt in Jobs mit Zukunft investieren

Das BMVIT investiert aktuell aber nicht nur gegen die Krise, um vorhandene Arbeitsplätze abzusichern und unmittelbar neue zu schaffen. Es wird auch in jenen Bereichen viel Geld in die Hand genommen, die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. So hat Infrastrukturministerin Doris Bures Ende August den Startschuss für die Forschungsinitiative „QuickStart“, ein 25 Millionen-Soforthilfepaket für KMU, gegeben. Dabei wird seitens des BMVIT, statt wie bisher ein Viertel, fast die Hälfte der Kosten für innovative Forschungsprojekte gefördert. Anlass für diese Initiative ist, dass Unternehmen aufgrund der Krise ihre Forschungsinvestitionen zurückfahren.

Kräftige Akzente hat die Ministerin auch im Automobilsektor gesetzt: So wurde die Fördersumme für konventionelle und alternative Technologien um 50 Prozent erhöht. Die heimische Zulieferindustrie (mit 175.000 Beschäftigten eine der größten Branchen in Österreich), die weltweites Ansehen genießt, kann dadurch ihren Startvorteil nutzen und im Zukunftsbereich Elektromobilität einen Vorsprung herausholen. ◆

INTERVIEW

„BMVIT als Jobmotor“

Infrastrukturministerin Doris Bures zieht eine erste Bilanz über die Auswirkungen der Konjunkturpakete.

SPÖ Aktuell: Die Wirtschaftsprognosen werden langsam, aber sicher wieder positiver. Welchen Anteil haben daran die heimischen Konjunkturprogramme?

Infrastrukturministerin Doris Bures: Die Konjunkturpakete haben sicher dazu geführt, dass der Abschwung der Wirtschaft gedämpft wird. Das hat auch Wifo-Chef Aiginger erst kürzlich wieder bestätigt. Es war sehr wichtig, dass die Bundesregierung rasch und umfassend gehandelt hat. Damit haben wir sehr gute Voraussetzungen geschaffen, schneller als andere Länder die Wirtschaftskrise zu bewältigen und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Können Sie in Ihrem Ressort schon eine Zwischenbilanz ziehen?

Doris Bures: Wir haben ganz gezielt Projekte vorgezogen, von denen kleine und mittlere Unternehmen und die Beschäftigten in diesen Betrieben unmittelbar profitieren. Infrastruktur ist ein ganz wesentlicher Faktor für die Wirtschaft in den Regionen. Denn das Geld, das wir dort für den Anschluss an ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ausgeben, begünstigt ja auch Betriebsansiedlungen und wertet somit eine gesamte Region auf. Hier bekleiden wir sicher auch als Jobmotor eine wesentliche Funktion.



Rigaud

„Unsere Maßnahmen haben den Abschwung der Wirtschaft wesentlich gedämpft“, so Doris Bures.

Wo setzen Sie in ihrem Ministerium sonst noch Schwerpunkte, um den Weg aus der Krise weiter zu beschleunigen?

Doris Bures: Wenn es darum geht, die Zukunft erfolgreich zu gestalten, dann sind Forschung und Entwicklung die richtigen Instrumente. Hier müssen wir die notwendigen Strukturanpassungen weiter intensiv fortführen und auf die richtigen Zukunftsfelder wie Energie- und Umwelttechnologien setzen. Denn nur dann können wir unser Ziel, unter die Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften Europas zu kommen, auch tatsächlich erreichen. ◆

ZUM THEMA

Gesamtwirtschaftliche Effekte am Beispiel Ausbau der Westbahn

Wie enorm die Auswirkungen von Infrastrukturinvestitionen auf die Gesamtwirtschaft und die Beschäftigung sind, zeigen Berechnungen von Wifo, IHS und Joanneum zum Ausbau der Westbahn:

- » Die Investitionen von insgesamt 8,65 Mrd. Euro führen zu einer Bruttowertschöpfung von 22,4 Mrd. Euro.
- » Im Jahresdurchschnitt sind über die gesamte Bauzeit von 25 Jahren 7.400 Vollzeit-arbeitsplätze gesichert.
- » 1 investierter Euro führt zu einer Bruttowertschöpfung von 2,58 Euro.
- » Und in der Betriebsphase werden 20.000 Vollzeit-arbeitsplätze dauerhaft geschaffen.

BILDUNG

Zeit der Umsetzung ist gekommen

Die Bildungsreform wird mit voller Kraft und Entschlossenheit umgesetzt – das bekräftigten Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Claudia Schmied. Und auch der Ausbau ganztägiger Schulangebote geht mit Volldampf weiter.



Kämpfen gemeinsam für die beste Ausbildung unserer Kinder: Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Claudia Schmied beim Besuch des Amerling-Gymnasiums in Wien-Mariahilf.

Für die Schule von Morgen, die ganztägig und gemeinsam sein soll und die Kinder bestmöglich fördern soll, werden wir gemeinsam viel Durchhaltevermögen und Kraft brauchen – und die bringen wir auf. Wir lassen nicht locker!“, bekräftigte Bundeskanzler Werner Faymann.

„An der Bildungsreform führt kein Weg vorbei. Wir müssen die einzelnen Maßnahmen hier und jetzt engagiert realisieren.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Da die Zukunft der Bildung – und damit auch die Zukunft unserer Kinder – das wichtigste Thema der Republik ist, gilt es nun, jene zu gewinnen, die noch Vorbehalte gegen die Umsetzung der Pläne haben: „Wir müssen Landeshauptleute, LehrerInnen und SchülerInnen motivieren, mitzumachen und die neue Schule mit Leben zu

füllen“, so Faymann, der auf eine breite Diskussion setzt. Für die Umsetzung der Bildungsreform braucht es die Kraft und Entschlossenheit der gesamten Regierung. Dass „die ÖVP jetzt das erste Mal signalisiert hat, sich an einer umfassenden Diskussion zu beteiligen“, sei erfreulich und „resultiert aus der Einsicht, dass Politik nicht nur den nächsten Vormittag im Auge behalten, sondern sich auch mit den nächsten Generationen beschäftigen muss“, so der Bundeskanzler, der die Bildungsreform von Claudia Schmied voll unterstützt.

„Yes, we do!“

Für die engagierte Umsetzung der Bildungsreform, die aus einer Vielzahl einzelner, konkreter Maßnahmen besteht, gab Ministerin Schmied das Motto „Yes, we do!“ aus. Denn jetzt sei nicht die Zeit, um auf später zu vertrösten, sondern jetzt „ist die Zeit der Umsetzung gekommen“. Die

einzelnen Maßnahmen im Bildungsbereich (z.B. Neue Mittelschule, Kleinere Klassen, mehr Sprachförderung, neue Matura) müssten jetzt „konsequent Schritt für Schritt fort- und umgesetzt werden“, machte Schmied klar.

120.000 Tagesbetreuungsplätze bis 2013 schaffen

Beim gemeinsamen Besuch des Amerling-Gymnasiums, an dem heuer die „Tagesbetreuung NEU“ startete, sprach sich Bundeskanzler Faymann für den Ausbau ganztägiger Schulangebote aus. Klar sei hierbei auch, dass „der Beruf des Lehrers für die beste Schule ein Ganztagesjob sein muss“, so Faymann. Bereits jetzt gibt es 81 Schulstandorte mit der „Tagesbetreuung NEU“. Diese Schulen sind Leuchttürme für ein modernes ganztägiges Schulangebot, das auch die ganzheitliche Entwicklung der Kinder fördert. An diesen Schulen gibt es ein umfangreiches ganztägiges Schulangebot mit einer guten Abwechslung von bestmöglicher Förderung und attraktiver Freizeitgestaltung mit Kunst, Bewegung und Sport. Die ganztägigen Schulformen werden von den Eltern immer stärker nachgefragt – und sie erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Eine brandaktuelle IFES-Umfrage zeigt, dass 80 Prozent der ÖsterreicherInnen für einen Ausbau ganztägiger Schulangebote sind. Bildungsministerin Schmied möchte daher, dass es bis 2013 rund 120.000 Plätze der „Tagesbetreuung NEU“ gibt. Denn wenn es der öffentlichen Seite in absehbarer Zeit nicht gelingt, bezüglich ganztägiger Schulformen „Topqualität“ zu bieten, würden Eltern, die es sich leisten können, mehr und mehr dazu übergehen, ihre Kinder an Privatschulen zu schicken. Die Kluft zwischen Arm und Reich würde damit noch größer werden, verdeutlichte Schmied. Auch deshalb ist die gemeinsame und entschlossene Umsetzung der Bildungsreform ein Gebot der Stunde. ♦

INTERVIEW

„Neues Dienstrecht ist der Schlüssel für zeitgemäßes Schulsystem“

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ Aktuell“-Interview über die Notwendigkeit eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts und über die erfreuliche Entwicklung an den Pädagogischen Hochschulen.

SPÖ Aktuell: Frau Minister, Sie wollen ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für alle neuen LehrerInnen. Warum ist das so wichtig?

Bildungsministerin Claudia Schmied: Es muss uns klar sein, dass wir unser Schulsystem so modernisieren müssen, dass es den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Und wir müssen auch den Bedürfnissen der Eltern – Stichwort ganztägige Schulangebote – Rechnung tragen. Das wird mit einer Schule im Halbtagsbetrieb nicht gelingen. Darum ist ein neues Dienstrecht mit attraktiveren Einstiegsgehältern und mehr Leistungsorientierung der Schlüssel für die zeitgemäße Gestaltung unserer Schulen.



Bildungsministerin Claudia Schmied: „Wir müssen unser Schulsystem so modernisieren, dass es den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.“

Schätzungen zufolge werden bis 2025 rund die Hälfte der LehrerInnen in Pension gehen. Müssen wir befürchten, dass es

in Zukunft zu wenige LehrerInnen gibt?

Claudia Schmied: Nein. Aber wir stehen vor einem historischen Generationenwechsel, den wir auch als Chance sehen sollten, den neu ein-tretenden Lehrenden ein attraktives Berufsangebot zu legen. Von einem LehrerInnen-Engpass kann keine Rede sein, denn wir sehen, dass sich die Zahl der StudienanfängerInnen an den Pädagogischen Hochschulen fast verdoppelt hat. Von 985 Personen im letzten Studienjahr auf rund 1.850, die heuer ein Studium an einer der neun staatlichen Pädagogischen Hochschulen begonnen haben. Bei diesen Zahlen bin ich optimistisch, dass wir den Bedarf der Zukunft gut decken können. ♦

BILDUNG

Fit fürs 21. Jahrhundert

Die neue Schule braucht die besten beruflichen Rahmenbedingungen für die LehrerInnen der Zukunft. Genau dafür sorgt Bildungsministerin Claudia Schmied.

Drei strategische Punkte sind es, die gewährleistet werden sollen, dass „unser öffentliches Schulsystem modernisiert und fit für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts wird“, das bekräftigte Schmied am „Welttag der Lehrer“ bei einem Besuch der Pädagogischen Hochschule Wien. Wichtigster Punkt ist dabei die Schaffung eines zeitgemäßen Dienstrechts für alle neuen LehrerInnen mit u.a. höheren Einstiegsgehältern und Karriereperspektiven. Besonders erfreulich ist es, dass nun auch die ÖVP – allen voran Vizekanzler Pröll und Staatssekretär Lopatka – die Notwendigkeit einer höheren Lehrverpflichtung im Rahmen des neuen Dienstrechts erkannt hat. Denn die Anforderungen, die Eltern an das Schulsystem stellen – z.B. ganztägige Schulformen (mehr dazu auf Seite 6) – können mit dem

derzeitigen Dienst- und Besoldungssystem nicht befriedigt werden.

Gemeinsame LehrerInnenausbildung

Ein weiterer wichtiger Schritt für den Lehrberuf des 21. Jahrhunderts ist eine Modernisierung der LehrerInnenausbildung für alle im Lehrberuf Tätigen – mit klaren Schwerpunkten auf Didaktik und pädagogische Kompetenzen. Und: Es braucht mehr Verantwortung am Schulstandort, so Schmied. Das umfasst etwa eine Spezialausbildung für DirektorInnen oder Personalverantwortung für SchulleiterInnen. Bei all diesen Punkten setzt Schmied auf breiten Dialog: „Gerade bei der Erarbeitung eines neuen Berufsbilds und einer neuen Ausbildung sind jene, die dieses neue Be-

rufsbild betrifft, besonders wichtige Dialogpartner.“ Bei gutem Willen und im gemeinsamen Gespräch werde es gelingen, ein attraktives Angebot für den Lehrberuf des 21. Jahrhunderts zu schaffen, zeigt sich Schmied zuversichtlich. ♦



Hautzinger

Beste Bildung für unsere Kinder und beste Rahmenbedingungen für die LehrerInnen der Zukunft – dafür sorgt Bildungsministerin Claudia Schmied.

NS-OPFER

Einigung zur umfassenden Rehabilitierung

SPÖ, Koalitionspartner ÖVP und die Grünen haben sich auf ein umfassendes Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz von NS-Urteilen geeinigt.



Gedenktafel nach dem Zweiten Weltkrieg (1945) für einen deutschen Soldaten, der desertierte.

APA

„Das Gesetz erfüllt eine langjährige Forderung, nämlich die vollständige Rehabilitation all jener, die sich dem System Wehrmacht mutig widersetzen und dafür oft mit ihrem Leben bezahlen mussten.“

**Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer**

Ein eigens geschaffenes „Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz“ soll sämtliche Urteile des Volksgerichtshofs, der Standes- und Sondergerichte sowie von Militär- und SS-Gerichten in der NS-Zeit berücksichtigen. Betroffen sind auch die Sprüche des Erbgesundheitsgerichts, welches Zwangssterilisierungen und -abtreibungen bewirkt hat. Ein „Versöhnungsbeirat“ soll dem zuständigen Landesgerichtshof Wien beratend zur Seite stehen.

Politisches Signal für Zivilcourage

„Mit diesem Gesetz ist eine umfassende Rehabilitierung von NS-Justizopfern sichergestellt und das richtige politische Signal für Zivilcourage und Widerstand gesetzt worden. Ich freue mich, dass der Koalitionspartner dieser langjährigen SPÖ-Forderung nachgekommen ist“, begrüßt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim die Einigung. Bei der Rehabilitierungsklausel werden nun auch explizit Widerstandskämpfer, alle Deserteure und sogenannte Kriegsverräter genannt. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die sich engagiert für eine Einigung eingesetzt hat, ist nach den erfolgreichen Verhandlungen erfreut: „Das Gesetz erfüllt eine langjährige Forderung, nämlich die vollständige Rehabilitation all jener, die sich dem System Wehrmacht mutig widersetzen und dafür oft mit ihrem Leben bezahlen mussten.“ ♦

IN TIEFER BETROFFENHEIT Fritz Marsch verstorben

Fritz Marsch, langjähriger Zentralsekretär der SPÖ, verstarb am 3. Oktober 2009 im 84. Lebensjahr.

„Fritz Marsch hat sich mit seiner Gesinnungsstärke, seiner Glaubwürdigkeit und seiner sachbezogenen Arbeit, aber auch mit seiner Menschlichkeit, großes Ansehen und Anerkennung erworben“, zeigte sich SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann tief betroffen. Mit Marsch verliere die Sozialdemokratie einen Großen, der viel Positives für Österreich erreicht habe. Marsch hat die SPÖ 1970/71 im Bundesrat und von 1971 bis 1987 im Nationalrat vertreten, von 1970 bis 1987 war er Zentralsekretär der SPÖ. „Unsere besondere Anteilnahme gilt den Hinterbliebenen, der Familie und den Freunden“, so Faymann. ♦



VGA

Professor Fritz Marsch war im Niederösterreichischen Landtag, im Bundesrat und im Nationalrat tätig. 17 Jahre lang war er SPÖ-Zentralsekretär. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Die Sozialdemokratie wird Fritz Marsch nie vergessen.“

PARLAMENT

Neue Buchpräsentation „Quadriga“

Das Parlament wartete mit einer Premiere auf: Die traditionellen Buchpräsentationen im Hohen Haus erhalten ein neues Kleid in Form der Veranstaltungsreihe „Quadriga“.



**Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer**

Neuerscheinungen, die jeweils ein Thema aus den Bereichen Politik, Wirtschaft oder Kultur behandeln, werden gemeinsam vorgestellt und diskutiert. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer möchte mit dieser Form der Präsentation Themen der Zeit diskutieren, die nicht ausschließlich tagespolitischen Charakter haben. Das brisante Thema zum Auftakt: „Überwachung – Bespitzelung – Sicherheit“. Grundlage waren die Werke „Angriff auf die Freiheit“ von Ilija Trojanow und Juli Zeh, „Zensiert, verschwiegen, vergessen“ von Ines Geipel und „Bilder der Überwachung“ von Dietmar Kammerer. Die DiskutantInnen waren sich einig, dass das Bewusstsein der BürgerInnen für ihre eigenen Grundrechte geschärft werden muss, dass dieser Aspekt im Bildungswesen völlig vernachlässigt wird und dass die Einhaltung der Grundrechte ohne Wenn und Aber einzufordern ist. ♦

Sachbuch

Das Ende der Welt, wie wir sie kannten

Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und das Wachstum der Bevölkerung signalisieren, dass die Welt so nicht bleiben kann.

Die Autoren analysieren die Auswirkungen der Megakrisen, die wir nur deshalb ignorieren können, weil unsere komfortablen Lebensumstände die Illusion befördern, alles werde schon irgendwie gut ausgehen. Tatsächlich bilden Klimawandel, schwindende Ressourcen und das Wachstum der Bevölkerung einen sozialen Sprengstoff, der bald explodieren könnte. Die Finanzkrise zeigt, dass es so nicht weitergehen kann und wird. Leggewie und Welzer stellen spannende Fragen: Sind die Demokra-

tien des Westens fähig, sich so zu modernisieren, dass sie zukunftsfähig werden? Ist es möglich, eine Form des Wirtschaftens zu entwickeln, die nicht auf Wachstum, sondern auf Gerechtigkeit und Lebensqualität setzt? Erst das Ende der Illusion, dass unser Erfolgsmodell auch unter den Bedingungen einer globalisierten Welt funktioniert, bietet Chancen auf eine Zukunft der Demokratie. Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Erneuerung der Demokratie von unten. ♦

Reportage

In China

Cornelia Vospernik, seit 2007 China-Korrespondentin des ORF, bietet einen Einblick in die faszinierende chinesische Kultur.

Mit Scharfblick, Sensibilität und dem ihr eigenen hintergründigen Sprachwitz geht die Autorin den kulturellen und gesellschaftlichen Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Europa und China auf den Grund. In ihrem neuen Buch stellt sie Menschen in den Mittelpunkt, die für die chinesische Lebenswirklichkeit typisch sind. Sie erzählt einerseits von Amüsantem wie den Tücken des Alltags, spionierenden „Nachbarschaftskomitees“ und der chinesischen Angewohnheit, alles mit einem

möglichst blumigen Namen zu versehen. Aber auch über Nachdenkliches, wie die Geschichte einer Mutter, die durch den Tod ihres Sohnes am Tiananmen-Platz zur politischen Aktivistin wurde oder die allgegenwärtige Armut in den Großstädten berichtet die Autorin. Damit formt sie ein Bild der neuen Supermacht, zwischen Tradition und Moderne. Vospernik versteht es meisterhaft, den LeserInnen dieses ferne Land, das in der Welt eine immer wichtigere Rolle spielt, näher zu bringen. ♦

Autobiografie

Letzte Lieder

Georg Kreisler hat es in gleich drei Disziplinen zu unerreichter Meisterschaft gebracht: auf Füße zu treten, vor Köpfe zu stoßen und Augen zu öffnen.

Er ist einer der bekanntesten Kabarettisten und Komponisten unserer Zeit.

Georg Kreisler wurde 1922 in Wien geboren, seine Kindheit war von Ausgrenzung und Antisemitismus überschattet. 1938 emigrierte er in die USA und kehrte 17 Jahre später nach Europa zurück. Neben über 500 Liedern schrieb er Romane, Essays und Theaterstücke. Kreislers „Letzte Lieder“ beinhalten keine versöhnlichen Gesänge, sondern Paukenschläge. Wer es

sich mit einer biedereren Lebensbeschreibung gemütlich machen will, ist hier falsch. Denn Georg Kreisler legt eine furiose, autobiografisch fundierte Abrechnung vor: mit bürgerlichem Kleingeist, nationalistischem Größenwahn, der Stadt Berlin, dem Staat Österreich und schließlich dem ganzen letzten Jahrhundert. Und hält die Erkenntnis fest: „Die Welt ist für mich ein Pulverfass, das zum Ziel hat, mich zu explodieren.“ ♦

☐ Stk.


Leggewie, Welzer:

Das Ende der Welt, wie wir sie kannten.

S. Fischer Verlag,
Frankfurt am Main 2009;
278 Seiten, 20,60 €

☐ Stk.


Cornelia Vospernik:

In China. Reportagen abseits der Schlagzeilen.

Kremayr & Scheriau Verlag,
Wien 2009;
159 Seiten, 19,90 €

☐ Stk.


Georg Kreisler:

Letzte Lieder.

Arche Literatur Verlag,
Zürich, Hamburg 2009;
156 Seiten, 20,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



FRAUEN

Ja zu Quoten in der Politik

Eine parteienübergreifende parlamentarische Enquete widmete sich dem Thema „Frauen in der Politik – mehr Frauen in die Politik“. Die SPÖ-Politikerinnen sprachen sich klar für eine verpflichtende Quotenregelung aus.



APA/Schlagner nach Kriegsende wurde nominell wieder die Anzahl von Parlamentarierinnen aus den 1920-er Jahren erreicht. 1975 wurde mit 14 weiblichen Abgeordneten erstmals die Anzahl von 12 Frauen im Nationalrat von 1920 bis 1923 übertroffen.

Handlungsbedarf gegeben

Die SPÖ-Politikerinnen sprachen sich für eine verpflichtende Quote aus, um Bewegung in die Sache zu bringen. „Ich bekenne mich dazu, damit sich etwas ändert“, so Frauenministerin Heinisch-Hosek, auch wenn sie zugestand, dass Quoten kein elegantes Mittel sind. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer betonte, dass ein 50-Prozent-Anteil von Frauen in der Politik notwendig ist. Sie sei „der festen Überzeugung, dass es, wenn es keine entsprechende Repräsentanz gibt, auch keinen Blick auf weibliche Lebenswelten gibt“. Rund die Hälfte der Bevölkerung seien außerdem Frauen, und in einer gelebten Demokratie soll sich dieses Verhältnis auch in der Politik widerspiegeln. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm plädierte dafür, dass auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich ändern müssten: „Die Hälfte der Welt den Frauen, die Hälfte der ‚Welt der Familie‘ für die Männer“. Und SPÖ-Familienprecherin Gabriele Binder-Maier stellte fest: „Bei der verpflichtenden Quote geht es nicht um Zwangsbeglückung, sondern um eine angemessene Teilhabe an den politischen Vertretungen in diesem Land.“

Die weitere Vorgehensweise umriss die Frauenministerin mit den Worten: „Tatsache ist, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssen, fraktionsübergreifend, Männer und Frauen.“

ParlamentarerInnen und ExpertInnen waren sich bei der Enquete im Parlament einig, dass derzeit zu wenige Frauen in den politischen Gremien vertreten sind.

„Wir sind noch nicht unserer Anzahl entsprechend in den österreichischen Gremien vertreten, weder im Nationalrat oder den Landtagen, noch in den Gemeinden oder im Bundesrat.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Die Debatte über Frauen in der Politik ist längst überfällig. Ich freue mich, dass über alle Fraktionsgrenzen hinweg erkannt wurde, dass wir etwas tun müssen, um mehr Frauen in die Politik zu bringen“, eröffnete Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die parlamentarische Enquete „Frauen in der Politik – mehr

Frauen in die Politik“. Ziel der Enquete war es, ExpertInnenmeinungen zum Thema als Basis für parlamentarische Debatten zu erhalten. Hauptthema war, dass Frauen noch nicht ihrem Anteil entsprechend in den österreichischen Gremien vertreten sind, weder im Nationalrat oder den Landtagen, noch in den Gemeinden oder im Bundesrat. Derzeit sind 27,9 Prozent der MandatarInnen im österreichischen Nationalrat Frauen. Im Bundesrat liegt der Anteil noch niedriger, bei 25,8 Prozent.

Historisch betrachtet kam es in Österreich nach dem Nationalsozialismus quasi zu einem Anknüpfen an die untergegangenen demokratischen Zeiten, aber ohne den frauenemanzipatorischen Elan aus den zwanziger Jahren. Erst im dritten Jahrzehnt



Mehr Frauen in die Politik lautet das Ziel – über den Weg dahin, gab es bei der parlamentarischen Enquete engagierte Diskussionsbeiträge. Die Frauenministerin plädierte vehement für eine Frauenquote.

SPÖ Klub

OBERÖSTERREICH

Überwältigende Mehrheit für Josef Ackerl



Eine überwältigende Mehrheit von 94 Prozent wählte Josef Ackerl zum Landesparteivorsitzenden der SPÖ Oberösterreich.

Nach einer bewegenden Verabschiedung von Erich Haider, der als kämpferischer Sozialdemokrat gewürdigt wurde, wählte der Landespartei Vorstand Josef Ackerl zum neuen Landespartei vorsitzenden.

Als neue Landesgeschäftsführer treten Christian Horner, der bisherige Büroleiter von Erich Haider, und Roland Schwandner, Organisationsleiter des Landtagswahlkampfes, an. Landesgeschäftsführer Christian Denkmaier, der seine Funktion mit Ende Oktober zurücklegt, begrüßt die Wahl: „Ich unterstütze Joschi Ackerl persönlich und politisch mit vollen Kräften

und bin froh, dass er die Parteiführung in dieser äußerst schwierigen Phase übernommen hat.“

Alle Generationen einbinden

Vergeben wurden auch die Landtagsmandate: Das SPÖ-Team besteht künftig aus sechs Frauen und acht Männern. LH-Stv. Ackerl kündigte an, dass in die Neuaufstellung im Parteibereich alle Generationen eingebunden würden und dass speziell jüngere Frauen und Männer verstärkt in Verantwortungsfunktionen aufsteigen sollen. „Wir wollen, dass die Menschen, die sich bei uns engagieren, echte Perspektiven vorfinden“, so die Ansage des neuen Parteivorsitzenden, der möglichst rasch eine Entscheidungsfindung über einen Termin eines außerordentlichen Landesparteitags will. ♦



Der neue Landespartei vorsitzende Josef Ackerl

SPÖ OÖ

SJ-FRAUEN

Treffen der IUSY Feminist Working Group in Wien



Die Krise und ihre Auswirkungen auf Frauen stand im Zentrum des Treffens der Feminist Working Group der IUSY.

Die Sozialistische Jugend hatte die Freude, Gastgeberin für 20 junge Frauen aus sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen der ganzen Welt zu sein. Von Europa über Asien bis Afrika kamen Frauen in Wien zusammen, um sich ein Wochenende lang auszutauschen und zu diskutieren. Das Anliegen der Teilnehmerinnen: unter dem Schirm der IUSY – der internationalen Sozialistischen Jugend – für Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft zu kämpfen. Neben der Suche nach feministischen Antworten auf die Krise wurde die Arbeit für die nächsten Monate geplant. Am Sonntag bildete ein Brunch mit NR-Präsidentin Barbara Prammer und der ehemaligen Generalsekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale Maria Jonas einen würdigen Abschluss des Treffens. ♦



Junge SozialistInnen und SozialdemokratInnen aus der ganzen Welt trafen sich in Wien zum gegenseitigen Austausch.

VORARLBERG

Neues Team in Vorarlberg



SPÖ Vorarlberg

Die neue Landtagsabgeordnete der SPÖ Vorarlberg, Gabriele Sprickler-Falschlunger



Neues gibt es aus dem Ländle zu berichten: die SPÖ-Landespartei ist neu aufgestellt, verfügt über eine neue Landtagsabgeordnete und neue BereichssprecherInnen.

Newcomerin im Landtag ist die erfolgreiche Dornbirner SPÖ-Stadträtin Gabriele Sprickler-Falschlunger. Neben Integration wird sie sich besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung engagieren. Landespartei vorsitzender und Klubobmann Michael Ritsch wird sich künftig den Bereichen Finanzen, Arbeit, Wirtschaft, Kontrolle, Sicherheit und Inneres widmen. LAbg. Mirjam Jäger ist Bereichssprecherin für Jugend, Umwelt, Frauen und Energie. ♦



Buwog – ein bemerkenswerter Verkaufsvorgang

Will man die Frage der Rechtmäßigkeit oder deren Gegenteil im mittlerweile berüchtigten „Buwog-Verkaufsvorgang“ klären, so braucht man zunächst nur einmal die tatsächlichen Geschehnisse Revue passieren lassen.

„Ein Verkauf, der der Republik besser erspart geblieben wäre.“

Mit dem Bundesgesetz BGBl. I, Nr. 46/2003 wurde Finanzminister Grasser ermächtigt, die Beteiligung des Bundes an den Wohnbaugesellschaften BUWOG, ESG, WBG und EBS bestmöglich zu veräußern. Im August und September 2003 wurde von der zur Betreuung des Verkaufs beauftragten Investmentbank „Lehman Brothers“ zu einem Bieterverfahren eingeladen. Von den 25 durch die Investmentbank ausgesuchten Bietern gaben im Jänner 2004 sechs ein unverbindliches Angebot ab. Die CA Immo bot hierbei gegenüber dem zweitgereihten Bieter (Konsortium um die Immofinanz) einen um 90 (!) Millionen Euro höheren Kaufpreis. Obwohl eine vom Finanzministerium bestellte Auswahlkommission ausdrücklich empfohlen hatte, lediglich bei nicht wesentlich auseinander liegenden Kaufanboten eine Nachverhandlungsrunde durchzuführen, wurde trotz der erheblichen Differenz von rund 12 Prozent ein nochmaliges Anbot der beiden Bestbieter zugelassen, in welchem der ursprüngliche Zweitbieter nun mit lediglich 0,14 Prozent Differenz vor dem ursprünglichen Bestbieter lag. Das Anbot betrug 840,58 Millionen Euro.

Warum – wie vom Rechnungshof auch heftig kritisiert – die verkaufsgegenständlichen Wohnbau-Gesellschaften nicht einzeln sondern – mit einer Ausnahme – nur als Gesamtpaket angeboten bzw. verkauft wurden, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. „Schon in seinem Angebot wies der später beauftragte Berater darauf hin, dass die Summe der Einzelpreise der Bundeswohn-

baugesellschaften vermutlich höher sein werde als der Preis, der bei einem Paketkauf erzielt werden kann, weil beim Einzelverkauf der jeweils potenziell interessanteste Investor den Zuschlag erhalten würde. Nach Ansicht des Beraters sollen kleinere Pakete mehr Interessenten anziehen und damit eine Erhöhung des Gesamtkaufpreises ermöglichen“, diese Kritik des RH bedarf keiner weiteren Erklärung.

Bemerkenswert ist auch der Umstand, dass Finanzminister Grasser lediglich eine Woche nach Fassung des Grundsatzbeschlusses über die Privatisierung dem Land

der Rechnungshof an, dass dem Land Kärnten bekannt gewesen sei, wer der Bestbieter war. Dass damit das Land Kärnten und somit Landeshauptmann Haider auf diesem Weg entschieden haben, wer den Zuschlag bekommen soll, ist ein weiterer bemerkenswerter Umstand.

Dass letztlich die Republik Österreich, vertreten durch Grasser, Schüssel & Co auf das ihr zustehende „Einweisungsrecht“, also das Recht, Nachmieter für frei werdende Wohnungen auszuwählen, verzichtet haben soll, und dass selbst heute noch nicht geklärt ist, wieweit dieser Verzicht rechtmäßig vereinbart wurde oder nicht, rundet das Bild um die „Musterprivatisierung“ ab: Ein Verkauf, der der Republik besser erspart geblieben wäre.

Bilderbox



Kärnten unter Landeshauptmann Haider ein Vorkaufsrecht für die im Paket enthaltene ESG-Villach eingeräumt hat und zwar ohne jede finanzielle Gegenleistung. Dass dieser Vorgang für potenzielle Bewerber naheliegender Weise abschreckend wirkt, hat der Rechnungshof ebenfalls kritisiert: „Erlösmindernde oder prozesserschwerende Rechte sollten nur gegen angemessene Gegenleistung eingeräumt werden“. Laut Einschätzung des Rechnungshofes hat dieses Recht jedenfalls zu einer Erlöseinbusse in Höhe von 3,61 Millionen Euro geführt.

Lediglich einen Tag nach dem erfolgten Zuschlag verzichtete das Land Kärnten auf sein Vorkaufsrecht. Darüber hinaus deutet

Als abschließende Konsequenz flossen letztlich noch 9,61 Millionen Euro (in alter Währung ca. 130 Millionen Schilling!) an Freunde von Finanzminister Grasser. Und jetzt die Frage: Was könnten wir uns bei einer objektiven Prüfung dieses Sachverhalts durch die Staatsanwaltschaft erwarten? Zu prüfende Tatbestände sind etwa Untreue, Amtsmissbrauch und wettbewerbsbeschränkende Absprachen im Sinne des § 168b StGB. Selbstanzeigen wegen der Kasierung von Schwarzgeld sind bereits erfolgt. Dass die Prüfungen nachvollziehbar und mit größter Akribie erfolgen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Beobachten wir also die weiteren Geschehnisse und reden wir darüber: Eine längst fällige Aufarbeitung unerfreulicher Zeiten hat begonnen! ♦

Hannes Jarolim ist als selbständiger Rechtsanwalt tätig und seit 1998 Justizsprecher der SPÖ.

TERMINKALENDER

Montag, 12. 10.

Die Entstehung der Arten

Im Rahmen des Charles Darwin Jahres 2009 laden der Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl und der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft, Andreas Mailath-Pokorny zu einer Wiener Vorlesung mit dem Titel „Die Entstehung der Arten. Neue Antworten, neue Fragen.“

Am Podiumsgespräch nehmen Bürgermeister Michael Häupl, Abt Gregor Ulrich Henckel Donnersmarck, der Generaldirektor des Naturhistorischen Museums Wien, Bernd Lötsch und der Buchautor Jürgen Neffe teil. Moderiert wird der Abend von Birgit Dalheimer. Kostenlose Zählkarten sind im Naturhistorischen Museum erhältlich.

Beginn: 19.00 Uhr

Naturhistorisches Museum Wien

Maria Theresien Platz
1010 Wien

Dienstag, 13. 10.

Arbeitsrecht, Mietrecht, Familienrecht, Steuererklärung – kostenlose Beratung

neuBASIS und die Mietervereinigung Österreich veranstalten einen kostenlosen Beratungsabend zu den Themen Arbeitsrecht, Mietrecht, Familienrecht und Steuerklärungen. Weiters gibt es einen Bezirkstalk mit den Bezirksrätinnen. Informationen unter neubasis@gmail.com.

Beginn: 18.30 Uhr

Matteottiplatz

Ecke Liebknechtgasse
1160 Wien

Mittwoch, 14. 10.

Diskussion: Direkt vom Hof

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist ohne die Arbeitsleistung der Bäuerinnen nicht denkbar. Anlässlich des Internationalen Landfrauentages am 15. Oktober soll der Fokus auf die österreichischen Bäuerinnen gelegt werden. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek lädt zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Direkt vom Hof – Arbeits- und Lebenssituation der Bäuerinnen in Österreich“. Nach der Begrüßung durch die Frauenministerin diskutieren namhafte ExpertInnen und Bäuerinnen über das Leben und die Arbeit der Bäuerinnen auf ihren Höfen und ihre Wünsche für die Zukunft. Im Anschluss wird zu einem von niederösterreichischen Bio-Bäuerinnen zusammengestellten Buffet geladen. Um Anmeldung unter martina.janich@bka.gv.at oder 01/53115-7522 wird gebeten.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Palais Dietrichstein

Minoritenplatz 3
1010 Wien

Freitag, 16. 10.

Das Entstehen solidarischer Wege zur Weltentwicklung

BSA, ÖFSE und AG Globale Entwicklung laden zur Podiumsdiskussion „Entwicklungszusammenarbeit – Das Entstehen solidarischer Wege zur Weltentwicklung“. Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Ruth Picker, Geschäftsführerin des Dachverband Globale

Verantwortung, Manfred Schnitzer, Leiter der Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, Michael Obrovsky, ÖFSE-Experte für Österreichische EZA und Entwicklungspolitik und Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien werden eine Betrachtung von österreichischer und internationaler Politik unternehmen und über Chancengleichheit, Güterverteilung, Entwicklung und die Durchsetzung der Menschenrechte diskutieren.

Beginn: 18.00 Uhr

Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung

Sensengasse 3
1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Alexander Lutz,

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer,

Susanne Vockenhuber, Markus Wagner,

Fabian Max Wallner

Layout: Thomas Lehmann

Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Lehmann

Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat:

Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275,

Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail:

spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Grasser-Mania auf Facebook!

Die Buberl-Partie um Karl-Heinz Grasser, Schüssels Finanzminister der schwarz-blau-orangen Regierungszeit, ist durch die neuen Vorwürfe in der Buwog-Affäre wieder einmal ins Visir von Wirtschaftspolizei und Justiz geraten. Wurden die Bundeswohnungs-Immobilien zu billig verkauft und wenn ja, warum? Haben Freunde und private Geschäftspartner von Grasser ungerechtfertigte „Provisionen“ in Millionenhöhe ab-

kassiert? Und wenn ja, für welche Gegenleistungen? Auf www.facebook.com formierte sich eine Gruppe von Menschen, die Aufklärung um das „System Grasser“ fordern. Und man verlangt eine Prüfung aller anderen Grasser-Privatisierungen. Insgesamt hat der Sunnyboy nämlich Staats-eigentum um 6,2 Milliarden Euro verkauft. Jetzt via www.systemgrasser.tk auf Facebook surfen und mitmachen! ◆





Sicherheit bei Rettungsflügen

Die Vereinheitlichung der Sicherheitsstandards (ab 1. Jänner 2010) bei allen Rettungshubschrauber-Einsätzen soll künftig größtmögliche Sicherheit für FlugretterInnen und Passagiere bringen, versicherte Infrastrukturministerin Doris Bures.

Bewegung auf Rezept in ganz Wien

Sportminister Norbert Darabos und Vertreter der WGKK haben eine neue Initiative für gesunde Vorsorge ins Leben gerufen: Künftig gibt es 35 Euro Kostenersatz von der WGKK – auf über 600 Sportangebote. Ziel der Initiative ist es, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Fettleibigkeit zu verhindern und Diabetiker zu unterstützen.



Frauenberger verlieh „Amazone 2009“

Der Preis, übergeben von der Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, ehrt Betriebe, die sich in der Lehrausbildung von Mädchen und jungen Frauen in nicht-traditionellen Berufen hervorragend engagieren. Preisträger: Malerei Marchl, Kapsch und das AKH.

Stöger rannte für einen guten Zweck

Gesundheitsminister Alois Stöger (re.) und Wiens Vizebürgermeister Michael Ludwig (li.) und gut 14.000 LäuferInnen umrundeten beim Vienna Night Run die Wiener Ringstraße. Ein großer Teil der Startgelder wanderte in die Kassen von „Licht für die Welt“ und ermöglicht somit rund 2.000 Augenoperationen für Blinde in Afrika und Asien.

